

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich Büro Bürgermeister
Bearbeitet von:

Datum
20.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

02.10.2001

Rat

24.10.2001

Betreff:

Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Erlass der als Anlage 1 beigelegten Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Siegen.

Sachverhalt / Begründung:

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung der Kommunalverfassung am 17.10.1994 ist der Bürgerentscheid als Instrument direkter Bürgerbeteiligung an der Kommunalverwaltung eingeführt worden. Von Oktober 1994 bis Januar 2001 gab es in Nordrhein-Westfalen 167 Bürgerbegehren, bei denen es in 51 Fällen zu einem Bürgerentscheid gekommen ist. Das Innenministerium hat von der Ermächtigung der Gemeindeordnung (GO), durch Rechtsverordnungen das Nähere über die Durchführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zu regeln, bisher keinen Gebrauch gemacht. In NRW setzt ein Bürgerentscheid zwingend ein Bürgerbegehren voraus. Der als Anlage beigelegte Entwurf einer Satzung entspricht im wesentlichen der Mustersatzung des Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebundes, an die sich auch andere Städte (Olpe, Gütersloh, Paderborn u.a.) anlehnten. Eine Mustersatzung des Städtetages existiert nicht. In dieser Satzung sind ausschließlich Regelungen zum Verfahren bei der Abstimmung im Rahmen eines Bürgerentscheides enthalten. Während das Verfahren zum Bürgerbegehren abschließend in § 26 GO geregelt ist, ist die Entscheidung in Einzelfragen bezüglich der Durchführung von Bürgerentscheiden der jeweiligen Gemeinde überlassen worden.

Für die Stadt Siegen sind daher bestimmte Detailfragen zu regeln hinsichtlich:

- der Durchführung des Bürgerentscheides an einem bestimmten Abstimmungstag oder innerhalb eines Abstimmungszeitraumes (2 Wochen)
- der Möglichkeit einer Briefwahl
- der Anzahl der einzurichtenden Wahllokale
- ob der Bürgerentscheid auf einer Satzung oder einem einfachen Ratsbeschluss beruhen soll
- der Möglichkeit, die Abstimmungsberechtigten schriftlich durch den Bürgermeister oder durch Veröffentlichung in der Tagespresse zu benachrichtigen

Nach Vorberatung im Ältestenrat schlage ich vor, diese Fragen losgelöst vom konkreten Einzelfall in einer Satzung für die Stadt Siegen festzulegen.

Die Bestimmungen der Mustersatzung orientieren sich eng am Kommunalwahlrecht (Kommunalwahlgesetz und – wahlordnung). Soweit Abweichungen in der Satzung der Stadt Siegen sinnvoll erscheinen, werden sie in den nachstehenden Erläuterungen begründet.

Als Anlage ist der Entwurf der Satzung beigelegt. Die in den nachfolgenden Erläuterungen enthaltenen Gliederungsziffern entsprechen den eingerahmten Ziffern im Entwurf.

Erläuterungen zum Satzungsentwurf:

- 1

 Gem. § 3 teilt der Bürgermeister das Abstimmungsgebiet in Stimmbezirke ein. Eine Einteilung in Stimmbezirke wie bei der letzten Kommunalwahl hätte zur Konsequenz, dass im Abstimmungsgebiet 80 Wahllokale eingerichtet werden müssten. Ich schlage daher in Hinblick darauf, dass dies mit einem hohen Kostenfaktor und Personalaufwand verbunden ist vor, das Abstimmungsgebiet in die bisherigen 29 Wahlbezirke einzuteilen und in jedem dieser Bezirke ein Wahllokal einzurichten.
- 2

 In Zusammenhang mit den Vorschriften über den Stimmschein (vergleichbar dem Wahlschein bei der Kommunalwahl) ist – wie es auch die Mustersatzung vorsieht - über die Zulässigkeit der Briefwahl zu entscheiden.
Mit der Möglichkeit der Briefwahl wäre ein zusätzlicher, erheblicher Personal- und Sachaufwand verbunden. Des Weiteren würden bei dieser Form der Abstimmung weitere Kosten anfallen. Legt man die Vergleichszahlen der letzten Kommunalwahl zugrunde, bei der ca. 7.500 Abstimmungsberechtigte von der Möglichkeit einer Briefwahl Gebrauch gemacht hatten, so würden allein zusätzlich Portokosten von rund 22.000 DM anfallen.
Ich schlage daher vor, auf die Möglichkeit der Abstimmung per Briefwahl zu verzichten (siehe auch § 12 Abs. 5 des Satzungsentwurfes).
- 3

 Die Mustersatzung lässt die Möglichkeit offen, jeden Abstimmungsberechtigten vor Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses durch den Bürgermeister benachrichtigen zu lassen oder die erforderlichen Informationen in einer öffentlichen Bekanntmachung zusammenzufassen.

Bei einer öffentlichen Bekanntmachung müssten u.a. die Zusammensetzung aller Stimmbezirke mit namentlicher Nennung der Straßen und die jeweils zur Verfügung stehenden Abstimmungslokale aufgeführt werden. Eine derart umfangreiche Bekanntmachung würde wahrscheinlich wegen der damit verbundenen Unübersichtlichkeit ihren Zweck verfehlen. Die geschätzten Kosten einer schriftlichen Benachrichtigung i.H.v. ca. 37.000 DM wären zwar im Vergleich zu den Veröffentlichungskosten von ca. 18.000 DM höher einzuschätzen, jedoch unter den Aspekten der Bürgerfreundlichkeit und Verfahrenseffizienz sinnvoll, da eine klare Zuordnung zum jeweiligen Stimmbezirk, bzw. Wahllokal gegeben ist und Verzögerungen im Ablauf der Abstimmung aufgrund einer notwendigen Legitimation der Abstimmungsberechtigten durch Personalausweis entfällt.

Ich schlage daher vor, spätestens am Tage vor der Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses jeden Abstimmungsberechtigten, der in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist, zu benachrichtigen

- 4 § 8 des Satzungsentwurfes ist zusätzlich eingefügt worden. Die Mustersatzung enthält eine vergleichbare Regelung nicht, obwohl sie bei den Verweisungen auf das Kommunalwahlrecht den einschlägigen § 14 Kommunalwahlordnung für entsprechend anwendbar erklärt. Aus Gründen der Vollständigkeit halte ich die vorgeschlagenen Bestimmungen, vor allem wegen der Rechte der Abstimmungsberechtigten hinsichtlich des Datenschutzes (§ 8 Nr. 2) und der Einspruchsmöglichkeit gegen das Abstimmungsverzeichnis (§ 8 Nr. 3) für sinnvoll.

- 5 Lt. Mustersatzung besteht die Möglichkeit, den Bürgerentscheid an einem Sonntag, welcher vom Rat bestimmt wird, durchzuführen oder den Bürgerentscheid innerhalb eines Abstimmungszeitraumes von zwei Wochen stattfinden zu lassen. Die Kosten, die bei Festlegung eines längeren Abstimmungszeitraumes aufgrund des vorzuhaltenden Personals und der ehrenamtlichen Wahlhelfer entstehen, würden den finanziellen Aufwand für die Entschädigung der bei einem festgelegten Abstimmungstag einzusetzenden ehrenamtlich tätigen Vorstände in den Abstimmungslokalen übersteigen. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die Konzentration der Abstimmung auf einen Sonntag mit Bildung der gewohnten Bezirke und Wahllokale die Abstimmungsbeteiligung begünstigen würde. Ich schlage daher vor, die Abstimmung an einem durch den Rat bestimmten Tag durchzuführen.

- 6 Die Mustersatzung sieht eine Abstimmungsprüfung nicht vor. Statt in einem förmlichen Abstimmungsverfahren sollen hier Zweifel am Ergebnis der Stimmenzählung vor der Feststellung des Ergebnisses (§14 Abs.1) durch eine Wiederholung der Auszählung ausgeräumt werden. Ich schlage vor, dass bei einem derart komplexen Verfahren schon aus rechtsstaatlichen Gründen eine der Wahlprüfung im Kommunalwahlrecht vergleichbare Abstimmungsprüfung vorgesehen werden sollte. Daher enthält § 17 des Satzungsentwurfes ein vereinfachtes Einspruchsverfahren vor, über das mit einem Ratsbeschluss entschieden wird.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

im Einzelfall

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt- bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
------------------------------	-----------------------	-----------------------------	--	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlage 1

Satzung
zur Durchführung von Bürgerentscheiden
in der Stadt Siegen vom _____

Präambel

Aufgrund von § 7 Abs. 1 Satz 1 i. V. mit § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2000 (GV. NRW. S. 245) hat der Rat der Stadt Siegen am _____ folgende Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden beschlossen:

§ 1
Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Durchführung von Bürgerentscheiden im Gebiet der Stadt Siegen (Abstimmungsgebiet).

§ 2
Zuständigkeiten

- (1) Der Bürgermeister leitet die Abstimmung. Er ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheides verantwortlich, soweit die Gemeindeordnung oder diese Satzung nichts anderes bestimmen.
- (2) Der Bürgermeister bildet für jeden Stimmbezirk einen Abstimmungsvorstand. Der Abstimmungsvorstand besteht aus dem Vorsteher, dem stellvertretenden Vorsteher und drei bis sechs Beisitzern. Der Bürgermeister bestimmt die Zahl der Mitglieder des Abstimmungsvorstandes und beruft die Mitglieder des Abstimmungsvorstandes. Der Abstimmungsvorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorstehers den Ausschlag.
- (3) Die Mitglieder in den Abstimmungsvorständen üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus, auf die sinngemäß die allgemeinen Vorschriften des kommunalen Verfassungsrechts mit Ausnahme des § 31 der Gemeindeordnung Anwendung finden.

§ 3
Stimmbezirke

1

Der Bürgermeister teilt das Abstimmungsgebiet in Stimmbezirke ein. Grundlage bildet die Einteilung der Wahlbezirke der letzten Kommunalwahl.

§ 4

Abstimmungsberechtigung

- (1) Abstimmungsberechtigt ist, wer am Tag des Bürgerentscheids Deutscher im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaats der Europäischen Gemeinschaft besitzt, das 16. Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit 3 Monaten im Gemeindegebiet seine Wohnung, bei mehreren Wohnungen seine Hauptwohnung hat.
- (2) Von der Abstimmungsberechtigung ausgeschlossen ist:
 1. derjenige, für den zur Besorgung aller seiner Angelegenheiten ein Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst,
 2. wer infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht nicht besitzt.

§ 5

Abstimmungsverzeichnis

- (1) In jedem Abstimmungsbezirk wird ein Abstimmungsverzeichnis geführt. In das Abstimmungsverzeichnis werden alle Personen eingetragen, bei denen am 35. Tage vor dem Bürgerentscheid (Stichtag) feststeht, dass sie abstimmungsberechtigt und nicht von der Abstimmung ausgeschlossen sind.
- (2) Der Bürger kann nur in dem Stimmbezirk abstimmen, in dessen Abstimmungsverzeichnis er eingetragen ist.
- (3) Inhaber eines Stimmscheines können in jedem Stimmbezirk des Abstimmungsgebietes abstimmen.
- (4) Das Abstimmungsverzeichnis ist an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tage vor dem Bürgerentscheid zur allgemeinen Einsicht öffentlich auszulegen.

§ 6

2

Stimmschein

- (1) Abstimmen kann nur, wer in ein Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist oder einen Stimmschein hat.
- (2) Ein Abstimmungsberechtigter, der nicht in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist, erhält auf Antrag einen Stimmschein.

§ 7

Benachrichtigung der Abstimmungsberechtigten

3

- (1) Spätestens am Tage vor der Auslegung des Abstimmungsverzeichnisses benachrichtigt der Bürgermeister jeden Abstimmungsberechtigten, der in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Die Benachrichtigung enthält folgende Angaben:
 1. den Familiennamen, den Vornamen und die Wohnung des Abstimmungsberechtigten,
 2. den Stimmbezirk und den Stimmraum,
 3. den Tag des Bürgerentscheids und die Abstimmungszeit,
 4. den Text der zu entscheidenden Frage,
 5. die Nummer, unter der der Abstimmungsberechtigte in das Verzeichnis der Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist,
 6. die Aufforderung, diese Benachrichtigung und einen gültigen Ausweis zur Abstimmung mitzubringen, verbunden mit dem Hinweis, dass auch bei Verlust dieser Benachrichtigung an dem Bürgerentscheid teilgenommen werden kann,
 7. die Belehrung, dass diese Benachrichtigung einen Stimmschein nicht ersetzt und daher nicht zur Stimmabgabe in einem anderen als dem angegebenen Stimmraum berechtigt.

§ 8

Bekanntmachung über das Verzeichnis

4

der Abstimmungsberechtigten und die Stimmscheine

- (1) Der Bürgermeister macht spätestens am 24. Tage vor der Abstimmung öffentlich bekannt,
 1. wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten ausliegt,
 2. dass auf Verlangen von Abstimmungsberechtigten im Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten ihr Geburtsdatum unkenntlich gemacht wird,
 3. dass innerhalb der Auslegungsfrist beim Bürgermeister Einspruch gegen das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten eingelegt werden kann,
 4. wo, in welcher Zeit und unter welchen Voraussetzungen ein Stimmschein beantragt werden kann,
 5. dass den Abstimmungsberechtigten, die in das Verzeichnis der Abstimmungsberechtigten eingetragen sind, bis spätestens zum 21. Tage vor der Abstimmung eine Benachrichtigung zugeht.

§ 9

Tag des Bürgerentscheids, Bekanntmachung

5

- (1) Der Bürgerentscheid findet an einem Sonntag statt. Der Tag wird vom Rat festgelegt.
- (2) Die Abstimmungszeit dauert von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr.
- (3) Unverzüglich nach der Bestimmung des Tags des Bürgerentscheids durch die Stadtverordnetenversammlung macht der Bürgermeister den Tag des Bürgerentscheids und dessen Gegenstand öffentlich bekannt. Die Bekanntmachung enthält:

1. den Tag des Bürgerentscheids,
2. den Text der zu entscheidenden Frage.

Die Bekanntmachung kann eine Erläuterung des Bürgermeisters enthalten, in der kurz und sachlich sowohl die Begründung der Antragsteller als auch die von dem zuständigen Gemeindeorgan vertretene Auffassung über den Gegenstand des Bürgerentscheids dargestellt wird.

- (4) Spätestens am sechsten Tage vor dem Bürgerentscheid macht der Bürgermeister unter Hinweis auf die Bekanntmachung nach Abs. 3 den Tag des Bürgerentscheids, Beginn und Ende der Abstimmungszeit, den Text der zu entscheidenden Frage sowie die Stimmbezirke und Stimmräume öffentlich bekannt. Die Bekanntmachung enthält:
 1. den Hinweis auf die in der Benachrichtigung enthaltenen Angaben zum Stimmbezirk und zum Stimmraum
 2. den Hinweis, dass die Stimmzettel amtlich hergestellt und im Stimmraum bereitgehalten werden,
 3. den Hinweis, dass ein gültiger Ausweis mitzubringen ist, damit sich der Abstimmende bei Verlangen über seine Person ausweisen kann,
 4. den Hinweis, dass der Abstimmende nur eine Stimme hat, die abgegeben wird, indem durch Ankreuzen oder auf andere Weise eindeutig kenntlich gemacht wird, welcher Antwort die Stimme gelten soll,
 5. den Hinweis, in welcher Weise mit Stimmschein abgestimmt werden kann.
- (5) Ein Abdruck der Bekanntmachung nach Abs. 4 ist vor Beginn der Abstimmung am Eingang des Gebäudes, in dem sich der Stimmraum befindet, anzubringen. Dem Abdruck ist ein Stimmzettel beizufügen.

§ 10 Stimmzettel

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Sie müssen die zu entscheidende Frage enthalten und auf "ja" und "nein" lauten. Zusätze sind unzulässig.

§ 11 Öffentlichkeit

- (1) Die Abstimmungshandlung und die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses in den Stimmbezirken sind öffentlich. Der Abstimmungsvorstand kann aber im Interesse der Abstimmungshandlung die Zahl der im Stimmlokal Anwesenden beschränken.
- (2) Den Anwesenden ist jede Einflussnahme auf die Abstimmungshandlung und das Abstimmungsergebnis untersagt.
- (3) In und an dem Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet, ist jede Beeinflussung der Abstimmenden durch Wort, Ton, Schrift oder Bild verboten.
- (4) Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Abstimmungsbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Abstimmungsentscheidung ist vor Ablauf der Abstimmungszeit unzulässig.

§ 12 Stimmabgabe

- (1) Der Abstimmende hat eine Stimme. Er gibt seine Stimme geheim ab.
- (2) Der Abstimmende gibt seine Stimme in der Weise ab, dass er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welcher Antwort sie gelten soll.
- (3) Der Abstimmende faltet daraufhin den Stimmzettel und wirft ihn in die Abstimmungsurne.
- (4) Der Abstimmende kann seine Stimme nur persönlich abgeben. Ein Abstimmender, der des Lesens unkundig oder durch körperliches Gebrechen gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten und in die Abstimmungsurne zu werfen, kann sich der Hilfe einer anderen Person (Hilfsperson) bedienen.
- (5) Eine Stimmabgabe per Brief findet nicht statt.

§ 13 Stimmenzählung

- (1) Die Stimmenzählung erfolgt unmittelbar im Anschluss an die Abstimmungshandlung durch den Abstimmungsvorstand.
- (2) Bei der Stimmenzählung ist zunächst die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen an Hand des Abstimmungsverzeichnisses sowie der eingenommenen Abstimmsscheine festzustellen und mit der Zahl der in den Urnen befindlichen Stimmzettel zu vergleichen. Danach wird die Zahl der gültigen Stimmen und der auf jede Antwort entfallenen Stimmen ermittelt.
- (3) Über die Gültigkeit der Stimmen entscheidet der Abstimmungsvorstand.

§ 14 Ungültige Stimmen

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel:

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. den Willen des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
4. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

§ 15 Feststellung des Ergebnisses

- (1) Der Rat stellt das Ergebnis des Bürgerentscheids spätestens am 10. Tage nach dem Bürgerentscheid fest. Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 20 v. H. der Bürger beträgt. Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet.
- (2) Der Bürgermeister macht das festgestellte Ergebnis öffentlich bekannt.

§ 16 Abstimmungsprüfung

- (1) Gegen das Ergebnis kann jeder Abstimmungsberechtigte binnen eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift unter Angabe von Gründen Einspruch beim Bürgermeister einlegen.
- (2) Der Rat befindet durch Beschluss über diesen Einspruch

§ 17 Anwendung der Kommunalwahlordnung

Folgende Vorschriften der Kommunalwahlordnung vom 31. August 1993 (GV. NRW. S. 592, 967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. August 1998 (GV. NRW. S. 509), finden entsprechende Anwendung: §§ 4, 7, 9 - 11, 12 Abs. 1, 2 und 4, 14 (mit Ausnahme Nr. 5 und 6) - 19, 22, 33 - 55, 63, 81 - 83.

§ 18 Inkrafttreten

Die Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Sie tritt außer Kraft, sobald der Innenminister NRW durch Rechtsverordnung Regelungen zum Bürgerentscheid trifft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
2. diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
3. der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
4. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Siegen vorher gerügt und dabei auch die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Siegen, den

Ulf Stötzel
Bürgermeister

